

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Richstein; bitte schön.

Frau Richstein (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder von uns weiß: Wie wohl man sich in seinem Zuhause fühlt, hängt auch davon ab, wie gut man sich mit seinen unmittelbaren Nachbarn versteht.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Letzte Woche hat ganz Deutschland darüber diskutiert, wen man gern in seiner Nachbarschaft wohnen hätte und wen nicht. Ich würde - ich nehme an, Ursula Nonnemacher auch -, wir würden uns sehr freuen, wenn Jerome Boateng sich eines Tages dafür entscheiden würde, in das schöne Falkensee zu ziehen, um sich in unserer Nachbarschaft niederzulassen. Aber da sein Vertrag mit Bayern noch bis 2021 läuft, widme ich mich in meiner Rede denjenigen, mit denen wir in Brandenburg bereits seit Jahren gute Nachbarschaft pflegen: den Polen.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE)

Ich freue mich, dass wir nächste Woche, am 17. Juni, das 25-jährige Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages feiern und ihn seit einem Vierteljahrhundert mit Leben füllen. Von daher begrüßen wir die Grundintention des Antrags der Regierungsfractionen.

Mit Polen verbindet uns mehr als nur eine gemeinsame Grenze: eine zugegebenermaßen nicht immer positive Vergangenheit, eine vielschichtige und umtriebige Gegenwart und hoffentlich eine prosperierende und friedvolle Zukunft. So sehen es auch die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Laut des jüngsten Brandenburg-Trends ist für neun von zehn Brandenburgern ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wichtig oder sogar sehr wichtig.

Dieses freundschaftliche Verhältnis wird nicht von der Politik, sondern maßgebend von den Menschen dies- und jenseits der Oder geprägt.

Meine Damen und Herren! In Artikel 1 des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages von 1991 heißt es:

„Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine enge friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an.“

Dass wir dieses damals formulierte Ziel in den fünfundzwanzig Jahren mit Leben gefüllt haben, ist nahezu in allen Gesellschaftsbereichen sichtbar. Brandenburg pflegt nicht nur enge Wirtschaftsbeziehungen mit unserem polnischen Nachbarn, auch der grenzüberschreitende Tourismus, die Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei, Kooperation in Wissenschaft und Landwirtschaft sowie grenzüberschreitende Kulturprojekte haben seit Jahren, nämlich seit der Unterzeichnung des Vertrages, zunehmend an Fahrt aufgenommen. Von dieser engen Partnerschaft profitieren beide Seiten, die polnische und die brandenburgische.

Meine Damen und Herren, aber es gibt noch Luft nach oben, Potenziale, die wir noch nicht ausgeschöpft haben, beispielsweise im Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs. Hier hätten Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Amt als Koordinator für die deutsch-polnische grenznahe und zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit tätig werden müssen. Sie haben es in Ihrer Amtszeit als Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit zugelassen, dass die Bahnverbindungen nach Polen deutlich schlechter geworden sind.

Es ist schön, dass Sie den Kulturzug nach Breslau ansprechen, Frau Hackenschmidt. Aber wenn das Kulturjahr zu Ende ist, fällt auch diese Bahnverbindung - die ja schon eingestellt war - wieder weg.

Kurzum, Herr Ministerpräsident: Sie haben Ihr Amt bisher zu wenig dafür genutzt, die Interessen und Anliegen der Grenzregion weiter voranzubringen. Das aber wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall CDU und AfD)

Meine Damen und Herren! Die Regierungsfractionen sprechen sich in ihrem Antrag dafür aus, die Zusammenarbeit mit Polen - ich zitiere - „weiterhin zu fördern, engagiert fortzuführen, weiter zu verstetigen, zu intensivieren und zu vertiefen.“ All das sind lobenswerte Absichten, aber es bleibt bei diesen lobenswerten Absichten in diesem Antrag. Auf das Wie geht der Antrag nämlich mit keiner Silbe ein.

Ich hätte mir an dieser Stelle mehr Unterfütterung des Antrags mit konkreten Maßnahmen und Vorschlägen zur Intensivierung der Nachbarschaftsbeziehungen gewünscht und auch konkrete Angaben, wie dies finanziert werden soll. Ohne diese Unterfütterung ist der Antrag leider nicht mehr als eine symbolische Geste, und das wird den engen Beziehungen zu Polen nicht gerecht. Jeder weiß, dass einem netten Gruß noch keine echte Freundschaft entwächst. Genau das versucht der Antrag aber zu vermitteln. Es braucht mehr als schöne Worte, um die Freundschaft und Partnerschaft mit Polen weiter auszubauen.

Mit der Aufforderung an SPD und Linke, den Bekenntnissen dieses Antrags auch Handeln folgen zu lassen, wird meine Fraktion dem Antrag dennoch zustimmen, denn den Wunsch nach einer intensiveren Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn teilen wir voll und ganz.

Meine Damen und Herren! Neben den konkreten Maßnahmenvorschlägen vermisste ich einen weiteren wichtigen Punkt in diesem Antrag: Neben der Würdigung der guten Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn sowie dem Bekenntnis, diese Zusammenarbeit zukünftig noch weiter auszubauen, dürfen wir die aktuellen Entwicklungen in Polen nicht ausblenden.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Gute Nachbarn können einander auch einmal ein ernstes Wort sagen.

Erst letzte Woche rügte die Europäische Kommission die umstrittene Verfassungsreform, die die in Polen regierende konservative PiS-Partei im Dezember mit ihrer Parlamentsmehrheit beschlossen hat. Auch die Änderung des Medienrechts in Polen, wodurch die Chefs der öffentlich-rechtlichen Sender direkt von der Regierung ernannt und abberufen werden können, kritisiert die Europäische Union.

Im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 wird darauf hingewiesen, dass die Freundschaft beider Länder auf den gemeinsamen Werten von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fußt.

Vizepräsident Dombrowski:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Frau Richstein (CDU):*

Vor dem Hintergrund der gerade angesprochenen Entwicklung in Polen wird deutlich, dass das Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie und insbesondere Rechtsstaatlichkeit wieder stärker in den Fokus gerückt werden muss, und dafür muss Brandenburg auf allen Ebenen werben. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Büchel. Bitte schön.

Büchel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele Brücken zwischen Polen und Brandenburg, die beide Länder und ihre Bewohnerinnen und Bewohner verbinden und ermöglichen, einander zu besuchen, zu begegnen - als Schüler, als Erwerbstätiger, als Tourist oder als Freund, Bekannter - eben als Nachbar. Es ist für uns inzwischen eine Selbstverständlichkeit, diese Brücken zu nutzen, Brücken zwischen zwei Nationen, die eine Region verbinden, Brücken zwischen Freunden.

Begegnung ohne Grenzen - Spotkania bez granic! „Bez granic“ ist inzwischen auch ein Symbol dafür geworden, wie man Grenzen mit und ohne Brücken überwinden kann. Im wunderschönen Oderbruch - in Güstebieser Loose - gibt es die kleine Fähre „Bez granic“. Erst am Wochenende war zu erleben, wie zahlreiche Gäste und Bewohner beiderseits der Oder die Fähre nutzten, um die Oder zu überqueren und die andere Seite und ihre Bewohnerinnen und Bewohner zu erleben, sie kennenzulernen.

Die Möglichkeiten, beide Länder bez granic zu erreichen, zu erleben und gemeinsam zu gestalten sind in den letzten 25 Jahren enorm gewachsen und weisen eine Vielfalt auf, von der beide Teile der Region profitieren.

Der 25-jährige Nachbarschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Republik Polen lebt durch die beidseitige politische Verantwortung einerseits und viele gemeinsame Projekte andererseits. Durch den Antrag, den wir gerade diskutieren, wird auch deutlich, in welchem Umfang die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen in den letzten 25 Jahren gewachsen ist.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Ja, ganz klar: Auch nach 25 Jahren ist natürlich noch nicht alles abgeschlossen. Aber - und das macht der Antrag auch deut-

lich - gemeinsam wollen wir hier ansetzen, die gute Zusammenarbeit weiterentwickeln und ausbauen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Natürlich beobachten auch wir die aktuellen politischen Ereignisse in Polen kritisch. Aber eines ist bei den Vorreden auch deutlich geworden: Der Vertrag, sein Inhalt und der Gedanke des Zusammenlebens leben mit und von den Menschen und ihren Erfahrungen, und diese sind ungebrochen positiv.

Auf alles kann ich in fünf Minuten nicht eingehen. Aber frei nach Schopenhauer - „Jugend ist nicht alles, aber ohne die Jugend ist alles nichts.“ - möchte ich betonen, dass die Jugendlichen beider Nationen ein wichtiger Anker für eine nachhaltige, breite und gute Nachbarschaft ohne Grenzen sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU, B90/GRÜNE und AfD)

Auf der Grundlage - Frau Kollegin Hackenschmidt ist darauf eingegangen - des 25-jährigen Nachbarschaftsvertrages stehen Deutschland und Polen im ständigen Dialog. Seit 25 Jahren ist das Deutsch-Polnische Jugendwerk ein wichtiger und verllässlicher Partner für diesen Dialog. Es feiert in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen unter dem Motto „Seit 25 Jahren verändern wir Perspektiven“. Seit der Gründung hat das Jugendwerk mehr als 70 000 Begegnungen und über 2,7 Millionen Teilnehmer gefördert. Es ist sehr zu begrüßen und zu unterstützen, dass unsere rot-rote Landesregierung dies jetzt durch eine Bundesratsinitiative aufgreift und sich für eine verbesserte Finanzausstattung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks einsetzt.

(Beifall DIE LINKE und SPD sowie des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Mit dem vorliegenden Antrag verdeutlichen wir auch, dass wir die Zusammenarbeit verstetigen wollen, uns für den Ausbau von Projekten des deutschen-polnischen Jugendaustausches einsetzen und auch das Förderprogramm zum Besuch von Gedenkstätten verstetigen wollen.

Die Formen des grenzüberschreitenden oder aber gerade „grenzauflösenden“ Dialogs sind vielfältig. Schloss Trebnitz ist beispielhaft genannt worden. Hier ist unter anderem eine deutsch-polnische Jugendagora angesiedelt, wo deutsche und polnische Jugendgruppe sich zu aktuellen politischen Themen, die die Jugend interessieren, austauschen, Lösungsansätze suchen und sie gemeinsam mit der Politik, mit politischen Verantwortlichen von beiden Seiten der Oder diskutieren. Grundlage für einen Dialog, ein Miteinander und gegenseitiges Verstehen ist die Sprache, und darum ist uns das, was schon deutlich geworden ist, auch besonders wichtig: dass wir den Ausbau der polnischen Sprache an unseren Schulen befördern wollen, damit so viele Kinder und Jugendliche wie möglich die Chance haben, Polnisch zu lernen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Mit der Jugend haben wir die Chance, dass die deutsch-polnische Partnerschaft nachhaltig und lange gelebt wird.

Dass wir uns als Parlament nicht nur heute anlässlich dieses Antrags mit diesem Thema beschäftigen, macht auch der An-